

Rumänien: Warten auf die Demokratie...

Rumänien: Nach den Umbrüchen Ende 1989 in ganz Osteuropa vergessenen gegangen. Schlagzeilen gab es höchstens noch bei den Massakern in Tirgu Mures oder in Bukarest oder bei den jüngsten Überschwemmungs-Katastrophen. Rumänien 1991: Eine enteignete Revolution in einem Land am Rande seiner Kräfte.

Was sich in Rumänien verändert hat seit dem Dezember 1989, darüber streiten sich auch die Leute in Rumänien. Sicher ist soviel: Ceausescu, langjähriger grausamer Herrscher über sein Reich, floh am 22. Dezember aus Bukarest. Entmachtet wurde er einerseits offenbar

Von Roland Brunner

durch einen lange vorbereiteten Putsch der Nomenklatura selbst: Schon im November waren Gerüchte laut geworden, Iliescu plane mit Hilfe ihm loyaler Teile der Geheimarmee Securitate die Ablösung Ceausescus. Diese Palastrevolution und der Widerstand Ceausescu-loyaler Securitate-Einheiten initiierten andererseits einen spontanen Volksaufstand gegen die kommunistische Herrschaft, der innert kurzer Zeit weit über die kontrollierbaren Dimensionen hinauswuchs. Drei Tage später wurde Ceausescu hingerichtet nach einem Gerichtsprozess, der höchstens als Farce bezeichnet werden kann.

Die zweite Garde übernimmt die Macht

Im Januar 1990 wurde die Nationale Rettungsfrente FSN gegründet. Sie sprang in das politische Vakuum, das der Volksaufstand gerissen hatte und usurpierte mit Leuten aus der bisherigen zweiten Garde der KP-Clique die Schlüsselpositionen in der «revolutionären Regierung». Dank massiver Manipulation und populistischem Agieren gelang es der FSN sogar, die Wahlen im Mai 1990 mit überwältigender Mehrheit zu gewinnen und die authentischen RevolutionärInnen politisch zu marginalisieren.

Von der Opposition wird die FSN als direkte Fortsetzung der kommunistischen Herrschaft charakterisiert, während sie sich selbst als «Freund aller Rumänen» bezeichnet. Die FSN stellt zwar die Zentralregierung in Bukarest, ist aber in den nördlichen Gebieten, die zu bis 90 Prozent von Ungarnstämmigen bewohnt werden, nur schwach vertreten. In Städten wie Timisoara oder Tirgu Mures besteht die Gefahr, dass die FSN die lokalen Autoritäten von oben her abscheidet und die Lage «normalisiert», d. h. rumänischen Standard angepasst wird. In Timisoara, wo der Volksaufstand gegen die Ceausescu-Diktatur seinen Anfang nahm, ist heute auch die politische Resignation am schlimmsten. Obwohl der Bürgermeister nicht zur Nationalen Rettungsfrente (FSN) gehört, sondern als unabhängiger Grüner gewählt wurde, bestimmt die FSN weitgehend das Geschehen. In Bukarest zählt sie auf die Unterstützung eines radikalisierten Populismus vor allem älterer Menschen, die ihren Besitzstand in Frage gestellt sehen.

Brutales Vorgehen gegen die demokratische Bewegung

Unter Legitimationsdruck geraten, kam es im Juni 1990 in Bukarest zu schweren Zwischenfällen: Regierungswächter, rekrutiert aus Bergarbeitern (gegen eine angeblich faschistische Kundgebung aufgehetzt) und ehemaligen Securitate-Offizieren, griffen StudentInnen und MenschenrechtsaktivistInnen tätlich an und zerstörten die Lokalitäten oppositioneller Gruppierungen und Parteien. Am 22. April hatte in Bukarest auf dem Universitätsplatz die mit 52 Tagen längste permanente Massenkundgebung in der Geschichte Rumäniens begonnen: Zehntausende von StudentInnen, unterstützt von vielen bekannten Kulturschaffenden, ProfessorInnen und VertreterInnen der demokratischen Opposition manifestierten mit einem gewaltlosen Happening ihren libertären Widerstand gegen die «kommunistische» Diktatur. Tag und Nacht fanden Konzerte, Lesungen und Ansprachen statt. In der Nacht des 13. Juni räumte die bewaffnete Polizei den Platz von den Hungerstreikenden, und am Morgen darauf fuhr auf schweren Baumaschinen 10 000 Bergarbeiter in die Stadt – auf Befehl von ihrer Gewerkschaft – und

gegangen war dem Massaker, bei dem gegen 200 Personen in den Strassen umgebracht wurden, eine nationale Medienkampagne, die die Kundgebung als «faschistische Kundgebung der Intellektuellen» verschrie. Ein Bergarbeiter, befragt nach den Motiven: «Sie haben Geld und Waffen, und sogar eine elektrische Schreibmaschine haben wir in ihrem Büro gefunden!» «Haben Sie das selber gesehen?» «Nein, aber es stand in unserer Zeitung...»

Die Politik der Nationalen Rettungsfrente

Marian Covrig, Präsident der FSN Tirgu Mures, beschreibt die Politik der FSN so: «Die Regierung versucht, den Leuten zu helfen, und wir helfen der Regierung.» Programmatisch setzt sich die FSN für eine Privatisierung der Wirtschaft und für eine Annäherung an Europa ein. Dabei hofft sie vor allem auf die Unterstützung durch die EG und den IWF. Covrig besteht denn auch darauf, dass die Mehrheit der FSN-Mitglieder nie in der KP waren, sondern das alte Regime bekämpften. Wieviele Mitglieder die FSN hat und wie sie strukturiert ist, könne er mir allerdings nicht sagen...

Der «unabhängige» Bürgermeister von Tirgu Mures, Victor Suci, betont denn auch, dass es beispielsweise zwischen UngarInnen und RumänInnen gar keine Probleme gebe. Die gewaltsamen Zwischenfälle vom 21./22. März 1990 in Tirgu Mures, bei denen sechs Menschen getötet wurden, seien vor allem von den ungarischen Medien hochgespielt und falsch dargestellt worden. Europa habe deswegen ein total falsches Bild von Rumänien bekommen. Die UngarInnen verlangen seiner Meinung nach immer mehr Privilegien, ohne auch die Pflichten der rumänischen Staatsangehörigen anzuerkennen. Weltmännisch erzählt er von seiner Reise in die USA, wo es ganz normal sei, dass eine Person, die die US-amerikanische Staatsangehörigkeit beantragt, eine Prüfung in Englisch und amerikanischer Geschichte ablegen müsse. Also hätten sich die UngarInnen in Rumänien anzupassen. Sonst könnten sie das Land ja verlassen.

Suci wurde als Bürgermeister wie die meisten lokalen Autoritäten nicht gewählt (es fanden seit der Vertreibung Ceausescus keine lokalen Wahlen statt), sondern von der FSN in Bukarest eingesetzt. Als Parteiloos gehört er wie viele Regierungsmitglieder der «kulturellen Organisation» VATRA Rumaneasca an, einer extremistischen und national-faschistischen Organisation, die die eigentliche Kräftepotential der FSN darstellt. Obwohl die VATRA mit der PUNR (Partidul Unitatii Nationale Romane) einen eigenen politischen Flügel besitzt, sind die meisten Mitglieder der FSN gleichzeitig in der VATRA aktiv.

Nationalismus als Trumpfkarte

Während in Tirgu Mures vor 30 Jahren noch 70 Prozent der Bevölkerung ungarntümlich waren und ungarisch sprachen, stellen heute durch die Besiedlungs- und Rumänisierungspolitik Ceausescus die RumänInnen 50 Prozent der Bevölkerung. Historische Unterschiede und latente Konflikte gaben denn auch den Boden ab für einen bewusst geförderten Nationalismus der RumänInnen. Die zweite Reihe der Nomenklatura, nach dem Sturz Ceausescus selber an die Macht gekommen, spielte diese Karte zur Erhaltung der eigenen Privilegien aus, schaffte damit für die effektiv vorhandenen sozialen Probleme und Widersprüche einen ethnischen Ausdruck und konnte damit die Aufmerksamkeit von der eigenen Verantwortung ablenken. Zudem verhält dieser «Nationalitätenkonflikt» der Securitate, Ceausescus Geheimpolizei und -armee, zu neuer Legitimation bei einem Teil der rumänischen Bevölkerung.

Die enteignete Revolution

Florian Mihalcea, Chefredaktor der Tageszeitung «Timisoara», sieht als Hauptproblem heute aber nicht die Repression durch Regierung oder Militär, sondern die völlige Erschöpfung der Menschen. Tatsächlich machen die Stadt und ihre Menschen einen Eindruck totaler Niedergeschlagenheit. Nach harten Kämpfen und vielen Toten, nach der Hoffnung auf Aufbruch und

ter rechnet heute mit einem Monatseinkommen von 6500 Lei, eine unqualifizierte Arbeiterin darf für die Hälfte froh sein. Nach mehreren Teuerungsschüben und damit verbundener Inflation entsprechen 6500 Lei einem Schwarzmarktpreis von 55 Franken – dem Preis der Westtouristen für eine Hotelübernachtung abgeklopft wird. Blühendstes Geschäft in den Strassen ist denn auch der Schwarzwechsel. Beliebteste Betätigung das Trinken. Die Alkoholprobleme in der Region haben enorm zugenommen. Die Verarmung breiter Bevölkerungsteile, das Gefühl, von Europa allein gelassen zu werden, Arbeits- und Perspektivlosigkeit führten zu politischer Apathie und Resignation. Aufrufe zu Kundgebungen oder Streiks verhallen praktisch ungehört, da niemand mehr daran glaubt, nach allen Kämpfen mit solchen Mitteln noch etwas zu erreichen.

Der Aufstand im Dezember 1989 brach unvorbereitet und spontan aus. Tatsächlich eröffnete er demokratische Spielräume. Die Pressefreiheit beispielsweise ist heute garantiert, auch wenn die Regierung mittels einer Verzehnfachung der Papierpreise, der massiven Erhöhung von Drucktaxen und Zustellgebühren dieses Recht de facto immer wieder in Frage stellt. Wirtschaftlich ging es aber mit Rumänien immer weiter bergab. Elek Szokoly, Mitglied des Bürgerforums und der Liga für Europa in Tirgu Mures, charakterisiert die wirtschaftliche Lage so: «Alles was früher funktionierte, ist heute total desorganisiert. Die deformierte staatsbürokratische Planung wurde durch das Fehlen jeder Planung ersetzt.»

Das Bürgerforum gründet eine Oppositionspartei

Die Schwäche der Opposition widerspiegelt sich in ihrer Zersplitterung und Konzeptlosigkeit. Etwa 100 Parteien sind entstanden, von denen sich praktisch alle irgendwie zur politischen Mitte zählen, da weder «kommunistisch» noch «faschistisch» gut akommt. Die programmatische Klärung dieser meist nur lokalen und oft auf wenige Mitglieder beschränkten Gruppen hat noch kaum begonnen. Besitzen sie überhaupt ein Programm, so sind diese praktisch deckungsgleich. Laut Oppositionellen gibt es aber eigentlich nur zwei Parteien in Rumänien: die KommunistInnen und die AntikommunistInnen. Ausgangspunkt für die meisten politischen Überlegungen ist aber das Bürgerforum (Alianta Civica), das nach den Juni-Ereignissen 1990 in Bukarest zur Dachstruktur verschiedenster oppositioneller, ausenparlamentarischer Kräfte wurde. Mitglied des Bürgerforums kann nur werden, wer die Erklärung von Timisoara unterzeichnet, die in Punkt 8 erklärt, dass Mitglieder der Kommunistischen Partei nur aufgenommen werden, wenn sie nicht zur «aktiven Partei», d. h. zum bezahlten Apparat gehören. Nach anfänglichen Hindernissen seitens der Regierung konnte die Aliante Civica im November dann auch formell gegründet werden. Mittels Massenkundgebungen und Hungerstreiks versuchte das Bürgerforum, zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen und sie der herrschenden FSN entgegenzusetzen. In ihrer Charta vom Dezember fordert sie eine Volksabstimmung über den Charakter der zukünftigen Regierung und betont, «das Volk und nur das Volk allein kann darüber entscheiden, ob wir in Zukunft eine konstitutionelle Monarchie, eine Präsidialrepublik oder eine parlamentarische Republik sein wollen».

Nicolae Manolescu, Herausgeber der Zeitschrift «Romania Literara», nach der Revolution zum Rektor der Universität Bukarest gewählt (ein Amt, das er aber ablehnte), neu gewählter Präsident der Bürgerforumspartei und wohl zukünftiger Präsidentschaftskandidat, zielt ein rumänisches Sprichwort, wonach die RumänInnen Veränderungen nur befürworteten, wenn sich nichts ändere. Er betont dann aber: «Um die Gesellschaft zu verändern, muss man die Menschen ändern – und das ist unsere Hauptaufgabe. Wir müssen uns der Politik stellen. Wer soll es denn sonst tun: Kant? Fichte? Plato?»

Während die Kontakte zu anderen antitotalitären demokratischen Gruppen und Parteien (u. a. Sozial- und Christdemokraten, Grüne, Bauernpartei und VertreterInnen der UngarInnen) erst auf individuelle Kontakte beschränkt blieben, wurde im April 1991 dann zur



wöchentlichen Treffen die eigenen Anstrengungen verstärken sollte. Zudem sind auch Mitglieder verschiedener Parteien in den Reihen des Bürgerforums aktiv. Die Ineffizienz dieses Vorgehens, das Fehlen einer politischen Kraft führten dann im Verlaufe des Jahres 1991 zum Projekt eines eigenen politischen Flügels. Anfang Juli erschien die erste Zeitung «Alianta Civica». Vom 5.–7. Juli fand in Bukarest der erste ausserordentliche Kongress des Bürgerforums statt, auf dem der Schritt zur Partei mit grosser Mehrheit beschlossen wurde. Aus dem Bürgerforum heraus entstand eine neue Partei, die Partidul Aliantei Civice, die sich auch zum politischen Zentrum rechnet. Das Bürgerforum wird daneben seine bisherige Arbeit weiterführen. Eine Doppelmitgliedschaft in der Leitung der Bewegung und der Partei wurde bewusst ausgeschlossen. Die Bewegung bleibt aber weiterhin ein Sammelbecken verschiedener politischer Strömungen. Für die Lokawahlen in diesem Herbst strebt die Bürgerforumspartei deshalb gemeinsame Listen der antitotalitären Opposition an.

Nicolae Manolescu erklärt den Delegierten auf dem Gründungskongress unter dem Transparent «Nu putem reusi decat impreuna» («Nur gemeinsam können wir gewinnen»), es handle sich nicht einfach um noch eine Partei mehr, sondern um das moralische und politische Kapital des Bürgerforums. Stelian Tanase, Autor der Statuten des Bürgerforums und neuer einer von drei Vizepräsidenten der Bürgerforumspartei, betont in seiner programmatischen Rede die Notwendigkeit der Vereinigung mit der ganzen Opposition. Ziel sei die Abschaffung der jetzigen Strukturen und der sowjetisierten Institutionen. Zum Charakter der neuen Partei bemerkt er: «Sind wir eine linke oder eine rechte Partei? Die sozialen und politischen Realitäten Rumäniens erlauben keine solche Klassifizierung. Es gibt Parteien, die für Reformen sind, und solche, die dagegen sind. Wir sind für ein demokratisches Streben nach Demokratie. Wir sind eine Partei ohne Ideologie, oder – besser gesagt – ihre Ideologie sind die Bedürfnisse der Menschen.» Er wendet sich klar gegen Demagogie und Populismus und betont die Notwendigkeit einer pragmatischen Politik, die das Hoffnungskapital der Jugend wiederaufbaue.

Die neue Bürgerforumspartei ist kaum mit einer Partei westeuropäischen Zuschnitts zu vergleichen. Sie erinnert in ihrer Konstituierungsphase viel eher an andere zentral- und osteuropäische, politische Strukturen wie das tschechische Bürgerforum. Ob es ihr aber wie diesem auch gelingt, das moralische und kulturelle Potential, das sie verkörpert, in eine politische Alternative umzusetzen, hängt vor allem davon ab, ob es ihr gelingen wird, das intellektuelle Milieu zu verlassen und breitere Schichten der Bevölkerung einzubeziehen. Neben einer Vielzahl von PhilosophInnen, Film- und Medienschaffenden, LiteratInnen usw. sitzt bisher einzig ein Arbeiter als Gewerkschaftsvertreter aus Konstanz in der Leitung der Partei – auch wenn er betont, die Gewerkschaften in Kon-

Ein weiteres Parteiprojekt trägt Claudiu Jordache mit sich, ehemals Mitglied der Nationalen Rettungsfrente, heute Parlamentsvertreter von Timisoara und bekannter Sprecher der Gewerkschaftszentrale Alfa. Mit seiner Partei «Gewerkschaftsallianz» strebt er ein grundsätzlich linkes Projekt an, wobei auch hier der Begriff «links» inhaltlich nicht über den Syndikalismus hinaus definiert ist. Laut eigenen Aussagen will er für die nächsten Wahlen gemeinsam mit dem Bürgerforum und der wertkonservativen Bauernpartei gegen die Front antreten.

Vorwärts zur Monarchie?

Ausdruck der Schwäche und Zersplitterung ist sicher auch die Hoffnung auf die Rückkehr des ehemaligen rumänischen Königs Michael aus dem Schweizer Exil. Florian Mihalcea erklärt, Rumänien sei nie eine Republik gewesen, nur die Könige hätten sich abgewechselt. Trotzdem meint er: «Wenn wir etwas ändern und die Kommunisten von der Macht vertreiben wollen, müssen wir wieder bei 1947 anknüpfen.» Einzig der König als Figur, die über den Parteien stehe und die keine Partikularinteressen verfolge, sei fähig, die Situation politisch zu stabilisieren und die Parteiliquen zu überbrücken. Zudem sei die Rückkehr des Königs ein Zeichen an den Westen, dass sich jetzt wirklich etwas verändere. König Michael erklärte sich in einem Interview den Prinzipien der Zivilgesellschaft, des moralischen Wiederaufbaus, der demokratischen Spielräume und des politischen Pluralismus verpflichtet. Nicolae Manolescu wehrt sich aber dagegen, das Bürgerforum als monarchistische Organisation zu bezeichnen. Dazu seien die Meinungen viel zu breit gefächert. Die Rückkehr des Königs sei ein Projekt der politischen Nostalgie und der Taktik. «Erste und wichtigste Aufgabe für uns», so Manolescu, «ist jetzt aber der Aufbau unserer Partei, damit wir ein eigenständiges Gewicht erhalten und zur wirklichen Alternative gegen die FSN bei den Wahlen nächsten Mai oder Juni werden. Bis dann wird die Front an ihren Versprechungen, die sie bei den letzten Wahlen gemacht hat, gemessen werden und die Verantwortung tragen müssen für ihre Politik.»

Die Schwäche der demokratischen Opposition, als eigenständige Kraft eine Alternative zu bieten, und die Mischung von libertär-antiautoritärem Antikommunismus, christdemokratisch-wertkonservativem Weltbild und Hoffen auf Marktwirtschaft und Kapitalismus lassen also die Wiedereinführung der konstitutionellen Monarchie als Schritt nach vorne erscheinen. Zivilgesellschaftliche Spielräume würden dadurch wohl tatsächlich eher vergrössert, wenn dieser Schritt die Zersetzung des bisherigen Kontroll- und Staatsapparates und damit die Ablösung des bisherigen Absolutismus ermöglichen würde – so anachronistisch das in unseren aufgeklärten und abgebrühten Ohren auch tönen mag.